

## **Dem Fachkräftemangel in der Aus- und Weiterbildung entgegenwirken: Ehrenamt stärken – bürokratische Hemmnisse abbauen!**

**Resolution der IHK-Vollversammlung, 3. Juli 2024**

Die berufliche Aus- und Weiterbildung bildet das Rückgrat der Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft. Unternehmen, Auszubildende, ehrenamtlich Prüfende und Lehrkräfte in Weiterbildungseinrichtungen bewirken durch ihr von der IHK koordiniertes Handeln gemeinsam die Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs. Dieser Aufgabe kommt in Zeiten der Industrietransformation und einem scharfen Wettbewerb um die besten Köpfe eine ganz besondere Bedeutung zu.

### **System der dualen Berufsausbildung stärken**

Im Saarland bieten sich dem Fachkräftenachwuchs vielfältige und attraktive Qualifizierungswege in der Aus- und Weiterbildung. Diese gilt es langfristig zu erhalten und weiterzuentwickeln, um stetig rückläufigen Bewerberzahlen wirkungsvoll zu begegnen. Die neueste Ausbildungsumfrage der DIHK belegt: Die Zahl der Ausbildungsbewerber geht zurück – stärker sogar als die Zahl der jungen Menschen im ausbildungsfähigen Alter. Viele betriebliche Ausbildungsstellen bleiben unbesetzt. Ein Trend, der für fast alle Branchen und Regionen gilt.

Die IHK Saarland appelliert an die saarländische Politik, den weitgehend funktionierenden regionalen Ausbildungsmarkt zu stärken:

- durch eine Unterstützung der Wirtschaft beim Ausbildungsmarketing
- durch eine Verbesserung der ÖPNV-Anbindung von Ausbildungsstätten im ländlichen Raum
- indem bei Ausbildungsprüfungen Arbeitgeber,- Arbeitnehmer- und Lehrervertreter gleichrangig eingebunden werden
- indem sie die betriebliche Ausbildung stärkt und über- bzw. außerbetriebliche Ausbildungsangebote nicht noch weiter ausbaut.

### **Ehrenamtlich Prüfende gewinnen**

Auch das System der beruflichen Bildung selbst leidet mittlerweile unter Fachkräftemangel. Für unsere IHK wird es zunehmend schwieriger, Beschäftigte für das Prüferamt zu gewinnen. Bildungseinrichtungen sind aufgrund von politischen Fehlentwicklungen bald vielleicht sogar in ihrer Existenz bedroht. Die Verantwortlichen in unseren Unternehmen und die Mandatsträger in der Bundes- und Landespolitik müssen reagieren.

Als zuständige Stelle der beruflichen Bildung beruft die IHK Saarland Prüfungsausschüsse zur Durchführung von Aus- und Weiterbildungsprüfungen. Die aktuelle Berufungsperiode geht nun zu Ende und zahlreiche Prüferinnen und Prüfer werden aus Altersgründen ausscheiden. Wie in allen Ehrenamtsbereichen in Politik und Gesellschaft wird es auch für die IHK zunehmend schwieriger, Menschen für Ehrenamtstätigkeiten zu begeistern. Erschwert wird dies noch durch die rückläufige Bereitschaft der Betriebe, ehrenamtlich Prüfende für ihre Tätigkeit freizustellen.

**Die Vollversammlung der IHK Saarland richtet deshalb folgende Appelle an alle IHK-Mitgliedsunternehmen:**

Leisten Sie Ihren aktiven Beitrag zur Fachkräftesicherung, indem Sie unter Ihren Beschäftigten für eine Mitwirkung in unseren Prüfungsausschüssen der beruflichen Bildung werben!

Stellen Sie die Mitglieder unserer Prüfungsausschüsse zur Ausübung ihrer Tätigkeiten von der Arbeit frei, damit die Durchführung qualitativ hochwertiger und rechtskonformer Prüfungsverfahren durch die IHK auch zukünftig vollumfänglich gewährleistet werden kann.

Schließlich kann eine bedarfsgerechte sowie praxisnahe Aus- und Weiterbildung von Fachkräften am besten durch fachkundige Experten aus unseren Unternehmen selbst erfolgen.

### **Bürokratieabbau jetzt – Existenzielle Bedrohung der Bildungswirtschaft durch brisante Fehlentwicklungen abwenden!**

Unsere Weiterbildungslandschaft gilt als Motor der Fachkräftequalifizierung. Sie lebt von der Motivation, dem Engagement und dem Praxiswissen zahlreicher Experten, die bereit sind, ihre Fachkenntnisse, mit dem Fachkräftenachwuchs in unseren örtlichen Bildungseinrichtungen zu teilen – sei es als Unternehmerin, Freiberufler oder bereits vollumfänglich versicherungspflichtiger Beschäftigter. Dies hat sich auch im Saarland in gelebter Tradition stets bewährt - die Verpflichtung von Dozierenden konnte bisher auf der Basis von unkomplizierten Honorarvereinbarungen erfolgen.

Nun steht zu befürchten, dass viele Lehrkräfte ihre nebenberuflichen Tätigkeiten aufgeben werden. Denn bürokratische Fehlentwicklungen und zusätzliche Belastungen machen das Engagement der Bildungsschaffenden deutlich unattraktiver:

Grundsatzurteile des Bundessozialgerichts zwingen Dozierende – meist gegen ihre Interessen – plötzlich in ein sozialversicherungsrechtliches Statusfeststellungsverfahren. Sie werden für ihre Tätigkeiten nun als Scheinselbstständige eingeordnet und mit zusätzlichen Sozialabgaben belastet.

Darüber hinaus sind unlängst Gesetzgebungspläne bekanntgeworden, die Leistungen von Dozierenden künftig zur Umsatzsteuer veranlagten zu wollen und sie nicht - wie bisher üblich - durch ein einfaches Bescheinigungswesen hiervon auszunehmen. Dies wird die Inanspruchnahme von Weiterbildungsdienstleistungen für die angehenden Fachkräfte unnötig verteuern und wiederum eine Aufstockung der Mittel von öffentlichen Förderprogrammen erforderlich machen.

### **Die Vollversammlung der IHK Saarland fordert alle politischen Mandatsträger auf, die Bedeutung des Engagements versierter Experten für die Weiterbildungslandschaft anzuerkennen und den dargestellten Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Im Einzelnen gilt es:**

- Den Aufbau einer überbordenden steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Bürokratie als Hemmnis für das Wirken Bildungsschaffender zu verhindern.
- Einsparpotenziale bei den Rentenversicherungsträgern zu identifizieren, anstatt Dozentinnen und Dozenten der Weiterbildung mit Sozialbeiträgen zusätzlich zu belasten.
- Einer Steuergesetzgebung entgegenzuwirken, die individuelle Weiterbildungsteilnahme empfindlich verteuert und Dozierende in die Umsatzsteuerveranlagung zwingt.

Die Umsetzung dieser Forderungen sind für eine prosperierende Weiterbildungslandschaft als Grundlage einer nachhaltigen Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft von existenzieller Bedeutung.